anträgen bezw. den Kommissionsbeschlüssen. — Abg. **Schweickhardt** (Vp.) stimmt dem Gesetze zu in der Voraussetzung, daß es keine Einnahmequelle werde und daß die Gebühren herabgesetzt werden, sobald es die Verhältnisse gestatten. Die Postscheckgelder sollten mehr als bisher den gewerblichen Verbänden zur Verfügung gestellt werden. — Abg. **Behrens** (Wirtsch. Vgg.) beantragt, die Stammeinlage von 50 auf 25 Mk. herabzusetzen. — Staatssekretär **Krätke**: Das Postscheckwesen hat erhebliche Fortschritte gemacht. Die Entwicklung ist gut und gleichmäßig. Schon bei der Einführung des Postscheckverkehrs hat die Regierung deutlich erklärt, daß der Postscheckverkehr keine Einnahmequelle sein soll. Der Reichskanzler ist jederzeit ermächtigt, die Gebühren herabzusetzen. Mit einer Stammeinlage von 50 Mk. sind wir einverstanden. Dadurch wird der Zutritt zum Postscheckverkehr erleichtert werden. Ich werde mich beim Bundesrat dafür einsetzen, daß die Grenze von 25 Mk. für die Erhebung einer Gebühr von 5 Pfg. akzeptiert werde. Das Gesetz wird dann mit den Kompromißanträgen angenommen. — Danach wird die Etatsberatung beim

Etat der Reichsdruckerei

weitergeführt. — Abg. **Iri** (Zentr.): Die Reichsdruckerei darf der Privatindustrie keine Aufträge entziehen. Sie sollte sich hauptsächlich darauf beschränken, Geheimaufträge auszuführen. — Abg. Dr. **Böttger** (natl.): Das Buchdruckgewerbe erklärt die Staatskonkurrenz für nicht einwandfrei. Die Reichsdruckerei ist im wesentlichen als Geheimdruckerei und zur Herstellung von Geldwertzeichen gedacht. Wenn sie nun auch Druckaufträge einzelner Behörden ausführt, so müssen die Privatdruckereien darunter leiden. Diese Staatskonkurrenz ist geradezu erdrückend. — Abg. **v. Winterfeldt** (kons.): Auch wir wünschen, daß die Privatindustrie nicht geschädigt werde. Es muß anerkannt werden, daß die Reichsdruckerei vollkommen auf der Höhe und für das Buchdruckgewerbe vorbildlich ist. — Staatssekretär **Kraetke**: Alle Bedenken werden durch die Feststellung zerstreut werden, daß die Privataufträge der Reichsdruckerei im Jahre 1904 2,2 Prozent, im Jahre 1912 aber nur noch 1,8 Prozent ausmachten. Die Postverwaltung beschäftigt keineswegs nur die Reichsdruckerei, sie hat 1912 an Privatdruckereien für 2,5 Millionen Mark Aufträge gegeben. — Abg. **Fischer-Berlin** (Soz.) bringt Wünsche der Arbeiter der Reichsdruckerei vor. Die Organisation der Buchdrucker und der Tarifvertrag müssen endlich anerkannt werden. — Abg. **Kiel** (Volksp.): Eine Erweiterung der Reichsdruckerei ist durchaus notwendig, weil die Räume übervoll sind. — Der Etat wird erledigt.

Schluß der Sitzung 6 Uhr. — Sonnabend 11 Uhr Kolonialetat.

*

Eine fortschrittliche Demonstration im Reichstage.

Berlin. (Priv.-Tel.) Gegen Ende der heutigen Reichstagssitzung kam es zu einer wunderlichen Demonstration. Als der nationalliberale Abgeordnete Dr. Böttger das Wort erhielt, um zur Reichsdruckerei zu sprechen, verließen die Mitglieder der Fortschrittlichen Volkspartei vollzählig den Saal. Sie wollten mit dieser Maßnahme gegen die Rede protestieren, die der Abgeordnete Dr. Böttger vor einigen Tagen in Rostock gehalten, und in der er von Galiziern und anderen gesprochen habe, die Einfluß auf die deutsche Politik hätten.

Spionagekommission.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Spionagekommission des Reichstags beschäftigte sich heute mit dem § 9 des Gesetzentwurfes, der mit Gefängnis oder Festungshaft bis zu 5 Jahren oder mit Geldstrafe bis zu 5000 Mark jeden bedroht, der fahrlässig ein militärisches Geheimnis in die Oeffentlichkeit gelangen läßt oder ein militärisches Geheimnis, das ihm Kraft seines Amtes, Berufes oder Gewerbes oder eines von amtlicher Seite erteilten Auftrages zugänglich war, an einen anderen gelangen läßt und dadurch die Sicherheit des Reiches gefährdet. Ein fortschrittlicher Antrag will die Worte „ein militärisches Geheimnis in die Oeffentlichkeit gelangen läßt oder" streichen. Gegen die allgemeine Strafbarkeit der Fahrlässigkeit wandten sich Redner aller Parteien, während der Kriegsminister und der Vertreter des Reichsmarineamts sich für die Aufrechterhaltung des ganzen § 9 einsetzten.

Preußisches Abgeordnetenhaus.

Berlin. (Priv.-Tel.) Das Abgeordnetenhaus setzte die Beratung der Handels- und Gewerbeverwaltung fort. — Abg. **Leinert** (Soz.) rühmte die sozialdemokratische Volksversicherungs-Aktiengesellschaft, mit der der Verband der öffentlichen Versicherungsanstalten den Wettbewerb nicht aufnehmen könne, und erging sich dann in Anklagen über Innungsterrorismus und den Terrorismus der Unternehmerverbände. Er verlangte schließlich das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für Preußen. — Ein Regierungskommissar verteidigte die Innungen gegen die Angriffe Leinerts. — Abg. **Konrad-Breslau** (kons.) vertrat die Wünsche des gewerblichen Mittelstandes und verlangte u. a. ein glattes Verbot des heimlichen Warenhandels der Beamten. Er wies ferner darauf hin, daß durch die von den Sozialdemokraten gegründeten Konsumgenossenschaften mit ihrem Millionenumsatze viele selbständige Mittelstandsexistenzen ruiniert würden. In der freien Schweiz sei der Schutz der Arbeitswilligen wesentlich stärker als bei uns. Bei uns müssen die Arbeitgeber oft friedliche Arbeiter unter dem Drucke der sozialdemokratischen Gewerkschaften entlassen. (Lärm bei den Sozialdemokraten.) Wir brauchen deshalb ein Arbeitswilligenschutzgesetz.

Neu eingegangen ist ein Antrag Aronsohn (Volksp.), den Bestrebungen zur Tilgung eines Privatmonopols für die Lieferung von elektrischer Kraft entgegenzustreben und auf Förderung der elektrischen Kleinindustrie und der Installateure hinzuwirken, um den Kleinbetrieben und dem Handwerker elektrische Kraft zu Bedingungen zugänglich zu machen, die ihnen die Konkurrenz mit dem Großbetriebe ermöglichen. — Abg. **Cohaus** (Zentr.) tritt ebenfalls für eine kräftige Mittelstandspolitik ein. — Abg. Dr. **Beumer** (natl.) befürwortet eine Verbesserung unseres ausländischen Nachrichtendienstes. Es handelt sich dabei um den Schutz der Ehre der deutschen Nation, der deutschen Produktion und des deutschen Arbeiters im Auslande. Der Redner wandte sich dann gegen die Angriffe Leinerts. Zur wirklichen Beseitigung der Not und des Elends hat das Christentum zehnmal soviel getan als die Sozialdemokratie. Wenn man den Achtstundentag in der Großindustrie einführen wollte, brauchten wir 80 000 Mann mehr. Woher sollen wir die nehmen? Arbeit und Sparsamkeit haben Preußen und Deutschland groß gemacht. Wer daran rüttelt, der rüttelt an den Grundlagen unserer Volkswirtschaft. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Dr. **v. Wenna** (freikons.) wünscht, daß sich die Regierung im Interesse unserer Volkswirtschaft auch dem Auslande gegenüber mehr der Presse bediene. Die Warenhaussteuer sollte man nach dem Quadratmeter des Verkaufsraumes berechnen. — Abg. Dr. **Ehlers** (Vp.): Eine politische Partei könne keine Mittelstandspartei sein, sondern müsse sich aller Stände und Berufsklassen annehmen. Das Jahr 1910 zeige, daß der Schutzzoll nicht der Weisheit letzter Schluß sei. — Der nationalliberale Antrag über die Vorbereitung zu unseren

Handelsverträgen

wird mit dem Zusatzantrag v. Zedlitz-Herold auf der Grundlage der bisherigen Wirtschaftspolitik gegen die Stimmen der Fortschrittlichen Volkspartei und der Sozialdemokraten angenommen. Der Antrag Hammer gegen die Monopolbestrebungen in der Elektrizitäts-Industrie wird mit großer Mehrheit angenommen. Bei der Abstimmung über den Antrag Aronsohn (Vp.) muß Hammelsprung stattfinden, der die Beschlußunfähigkeit des Hauses ergibt, so daß die Sitzung abgebrochen werden muß.

*

Interpellation über die preußischen Börsen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Im Abgeordnetenhause haben heute die Abgeordneten Roesicke und Dr. Hahn einen Antrag eingebracht, der um Vorlegung einer Denkschrift über die Tätigkeit des Königl. Börsenkommissars, die Entwicklung des Börsenhandels und die Emissionen an den preußischen Börsen, sowie über die Emissionen ausländischer Werte an den preußischen Börsen und die Anlage deutscher Kapitalien im Auslande ersucht.

Der Kaiser an Bord der „Deutschland".

Wilhelmshaven. Das Linienschiff „Deutschland" mit dem Kaiser an Bord hat heute nachmittag um 2 Uhr 15 Min. die Schillingreede verlassen und ist nach Bremerhaven in See gegangen.

Bremerhaven. Der Kaiser ist an Bord des Linienschiffes „Deutschland" um 6 Uhr auf der hiesigen Reede eingetroffen. Die „Deutschland", ein kleiner Kreuzer und zwei Torpedoboote gingen vor Anker. Das Wetter ist regnerisch und stürmisch. Der Kaiser hat den Wunsch ausgesprochen, morgen vormittag 10 Uhr die Kriegervereine des Unterweisergebietes in der Lloydhalle in Parade zu begrüßen.

Die Kaiserin in Braunschweig.

Braunschweig. Die Kaiserin ist heute nachmittag 4 Uhr hier eingetroffen. Auf dem Bahnhofe hatten sich der Herzog und die Herzogin mit Gefolge zum Empfange eingefunden. Nach kurzer Begrüßung fuhren die Herrschaften, von freudigen Zurufen begrüßt, im Automobil langsam zum Schlosse. In Begleitung der Kaiserin befanden sich die Hofdamen Gräfin v. Rantzau und Kammerherr Freiherr v. Spitzembergh.

Ein freikonservativer Parteitag.

Berlin. (Priv.-Tel.) Am 21. und 22. März findet ein freikonservativer Parteitag in Berlin statt.

Zur Reise des Fürsten von Albanien.

Berlin. Dem Fürsten von Albanien geben, wie schon von anderer Seite berichtet wurde, auf seiner Fahrt von Triest nach Durazzo Kriegsschiffe der Mittelmeermächte das Geleit. Ein deutsches Kriegsschiff stand für diesen Zweck nicht zur Verfügung, weil unsere Kriegsflotte im Mittelmeere zurzeit nur durch den großen Kreuzer „Goeben" vertreten ist, da der kleine Kreuzer „Breslau" sich seit Januar in Triest umfassenden Instandsetzungsarbeiten unterziehen muß. („Leipz. Ztg.")

Zur Lage in Albanien.

Berlin. Was die Lage in Albanien anlangt, so wird an hiesigen amtlichen Stellen die Einleitung von Verhandlungen über Bürgschaften für den Schutz der in Albanien verbleibenden Griechen als günstiges Zeichen angesehen. Man nimmt an, daß nach einem befriedigenden Verlauf der Unterhandlungen die Auflösung des proklamierten epirotischen Staates erfolgen wird. Andernfalls würden voraussichtlich Zwangsmaßregeln seitens der Mächte in Erwägung gezogen werden. („Leipz. Ztg.")

Hochwasser der Saale.

Jena. Die Saale führt infolge der anhaltenden Niederschläge Hochwasser. Der Hochwasserdienst ist bereits in Tätigkeit getreten. Vom Oberlaufe der Saale wurde vormittags ein Wuchs von 1,40 Meter gemeldet.

Verurteilung des Zigeuners Ernst Ebender.

Marburg. Das Schwurgericht verurteilte nach langer Verhandlung den Zigeuner Ernst Ebender, der kürzlich in Hanau wegen Beteiligung an einer Schießerei bei Kemmerzell zu 4½ Jahren Zuchthaus verurteilt worden war, wegen versuchten Totschlags zu 3½ Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrenrechtsverlust. Ebender hatte in der Nacht zum 21. August 1910 gemeinschaftlich mit seinem Bruder Wilhelm Ebender- und zwei unbekannten Genossen auf die Zigeuner Karl Weiß und Peter Reinhardt bei Bishausen geschossen.

Eröffnung des rumänischen Parlaments.

Bukarest. Das Parlament wurde heute vom König durch Verlesung der Thronrede feierlich eröffnet. Die Rede weist zunächst auf die Wichtigkeit der internationalen Stellung Rumäniens hin und auf die Pflichten, die Rumänien daraus erwachsen, betont dann die ausgezeichneten Beziehungen zu allen Staaten und erklärt, daß Rumänien nicht zögern würde, den Frieden, zu dem es so mächtig beigetragen habe, aufrecht zu erhalten und zu sichern. Die Thronrede kündigt dann neue Vermehrungen für die Bedürfnisse der Armee an, mit der das Schicksal des Landes innig verknüpft sei, und erklärt schließlich, daß das finanzielle Gleichgewicht nicht beeinträchtigt werde. Die Thronrede wurde wiederholt von lebhaftem Beifall unterbrochen.

Die Shackletonsche Südpolarexpedition.

London. Shackleton teilte mit, daß ihm jetzt einschließlich des Zuschusses der Regierung eine Million für die Kosten seiner Expedition zur Verfügung stehen.

Ein Streik englischer Schulkinder.

London. (Priv.-Tel.) Die Schulkinder von Bedworth in Warwickshire und ihre Mütter haben sich gegen eine vom Provinzialrat erlassene Verfügung empört, nach der Knaben und Mädchen bis zum vollendeten 14. Lebensjahre schulpflichtig sind. Eine Anzahl der Mütter überfiel gestern die Schulen und holte die Kinder mit Gewalt heraus, so daß die Lehrer die Polizei zu Hilfe rufen mußten. Nachmittags zogen die Eltern mit den Schulkindern durch die Stadt mit Bannern, auf denen zu lesen war: „Geht nicht zur Schule! Bleibt zu Hause!" Zur Erklärung wird angegeben, daß die meisten Familien des Städtchens mit dem Ertrage der Arbeit ihrer Kinder rechnen müssen, die in den Fabriken der benachbarten Stadt Coventry 5 bis 6 Mk. Wochenlohn verdienen.

Berlin. Der Kaiser hat dem Geh. Kommerzienrat Caro auf Schloß Paulinum bei Hirschberg in Schlesien den Kronenorden 2. Kl. verliehen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Im Februar wurde bekanntlich die Frau des Staatsanwalts Ahrens zu Frankfurt a. O. unter dem dringenden Verdachte verhaftet, mitschuldig an den Schwindeleien des bekannten Spekulanten Leo Schiffmann zu sein. Der Staatsanwalt Ahrens hat jetzt seine Entlassung erbeten, die ihm auch bewilligt worden ist.

Graudenz. Heute wurde vom Schwurgericht die Rentiersfrau Luise Haß aus Marienwerder wegen Giftmordes zum Tode verurteilt. Sie hatte am 22. November v. J. ihren 49 Jahre alten Mann durch Klopfe, die mit Rattengift vergiftet waren, getötet, um ihren Liebhaber heiraten zu können.

Rottweil. In einem Werke der hiesigen Zweigniederlassung der Vereinigten Köln-Rottweiler Pulverfabriken geriet heute früh Pulver in Brand. Von den beiden im Werke beschäftigten Arbeitern konnte sich der eine ins Freie retten, während der andere ums Leben kam.

Berlin, 6. März. Nach den Ermittlungen deutscher Eisen- und Stahlindustrieller betrug die Roheisenerzeugung in Deutschland und Luxemburg im Monat Februar 1914 insgesamt 1 445 511 Tonnen gegen 1 566 500 Tonnen im Januar 1914 und 1 493 877 Tonnen im Februar 1913. Auf den Arbeitstag kamen im Berichtsmonat 51 625 Tonnen gegen 50 582 Tonnen im Vormonat und 58 856 Tonnen im Februar 1913. Auf die einzelnen Sorten verteilte sich die Erzeugung folgendermaßen, wobei in Klammern die Zahlen der Erzeugung für Februar 1913 angegeben worden sind: Gießereiroheisen 243 746 (280 845), Bessemerroheisen 16 865 (28 095), Thomasroheisen 951 079 (933 584), Stahl- und Spiegeleisen 198 870 (206 208), Puddelroheisen 35 452 (45 875) Tonnen. Die Erzeugung für Januar und Februar 1914 zusammen belief sich auf 3 012 016 Tonnen gegen 3 165 222 Tonnen in der gleichen Zeit des Vorjahres.

Berlin, 6. März. Die Gelsenkirchener Bergwerks-Aktiengesellschaft verzeichnet für 1913 einen Rohgewinn von 66 005 945 M. gegen 58 077 615 M. im Vorjahre. Für Bergschäden usw. werden 8 488 006 M. (7 818 717 M.), für öffentliche Lasten 10 728 578 M. (9 422 788 M.) und für Abschreibungen 28 308 527 M. (21 717 698 M.) verwandt. Die Dividende beträgt 11 % (gegen 10 % im Vorjahre). Auf neue Rechnung werden 2 627 680 M. vorgetragen.

Wien, 6. März. In der heutigen Sitzung des Generalrates der Anglo-Oesterreichischen Bank wurde der Rechnungsabschluß für das Jahr 1913 vorgelegt, der einen Bruttogewinn von 25 585 482 Kronen gegen 23 214 759 Kronen im Vorjahre und einen Reingewinn von 13 027 664 Kronen gegen 12 701 124 Kronen im Vorjahre aufweist. Der Generalversammlung wird vorgeschlagen, eine Dividende von 20 Kronen (wie im Vorjahre) zu verteilen. Außerdem wird der Generalversammlung die Erhöhung des Aktienkapitals auf 120 Mill. Kronen vorgeschlagen.

Frankfurt a. M. (Schluß, abends.) Credit 206¾. Disconto 197¾. Dresdner Bank 150½. Staatsbahn 155¾. Lombarden 22⅛. Schwächer.

Paris. (3 Uhr nachmittags.) 3 % Rente 88,25. Italiener 96,85. Spanier 90,40. Türkenlose 190. Ottomanbank 648. Behauptet.

Paris. (Produktenmarkt.) Weizen per März 26,70, per Juli-August 26,70, schwach. — Rüböl per März 78, per September-Dezember 78, stetig. — Spiritus per März 48,25, per September-Dezember 48,25, ruhig.

London. (Müllermarkt.) Ausländischer Weizen geringere Nachfrage zu früheren Preisen. Englischer Weizen geringere Nachfrage zu früheren Preisen. Amerikanischer Mais kein Angebot. Donauer Mais ruhig. Amerikanisches Mehl ruhig, aber stetig. Englisches Mehl ruhig, aber stetig. Gerste ruhig. Hafer stetig.

Oertliches und Sächsisches.

— **Veränderungen im Justizministerium.** Vom 1. April an werden der Landrichter Dr. Albricht in Plauen zum Amtsrichter beim Amtsgericht Chemnitz, die Gerichtsassessoren Wäntig in Schandau zum Amtsrichter beim Amtsgericht Radeburg und Dr. Langbein in Dresden zum Staatsanwalt beim Landgericht Chemnitz, vom 1. Juli an der Landgerichtsrat Dr. Vogel in Chemnitz zum Amtsrichter beim Amtsgericht Hohenstein-Ernstthal unter Verleihung des Titels und Ranges eines Oberamtsrichters ernannt, vom 1. April an die Amtsgerichtsräte Dr. Glauning in Meißen an das Amtsgericht Roßwein und Göllnitz in Radeburg an das Amtsgericht Rochlitz, vom 1. Mai an der Oberamtsrichter Herold in Leipzig an das Amtsgericht Döhlen und vom 1. Juli an der Oberamtsrichter Rößler in Hohenstein-Ernstthal an das Amtsgericht Zittau versetzt.

— **Ordensverleihungen.** Se. Majestät der König hat die Erlaubnis zur Anlegung nachstehender nichtsächsischer Ordensauszeichnungen erteilt: der Preußischen Roten Kreuz-Medaille 2. Klasse: dem Oberst z. D. Richelmann; des Russischen St. Annen-Ordens 3. Klasse: dem Hauptmann Saxe, Kompagniechef im Inf.-Regt. 106; der Russischen goldenen Verdienstmedaille am Bande des Sankt Annenordens: dem Oberjäger d. R. Bethmann; der Russischen silbernen Verdienstmedaille am Bande des Sankt Stanislausordens: dem Reservisten Speer, früher im Schützen-Regt.; des Kommandeurkreuzes 1. Klasse des Schwedischen Schwertordens: den Generalmajoren von Tettenborn, dienstuendem General à la suite des Königs, Graf v. d. Schulenburg, Kommandeur der Kav.-Brig. 24; des Ritterkreuzes 1. Klasse desselben Ordens: den Majoren Frhr. v. Koenneritz, beauftragt mit Führung des Ulan.-Regts. 18, Thilo-Schade, Bats.-Kommandeur im Inf.-Regt. 107. Ferner hat der König dem Soldaten Lange im Inf.-Regt. 178 die Erlaubnis erteilt, die ihm am 12. April 1911 verliehene bronzene Lebensrettungsmedaille am Bande zu tragen.

— **Todesfall.** Am 4. März starb hier nach langem Krankenlager Herr priv. Kaufmann Friedrich Jasper. Der Entschlafene, der ein Alter von nahezu 78 Jahren erreicht hat, gründete 1866 die bekannte Firma Donath u. Jasper, aus der er vor 18 Jahren wegen Krankheit austrat. Vielen Vereinen und Gesellschaften gehörte er als förderndes Mitglied an, so dem Tonkünstlerverein, dem Alpenverein, der Schwerterloge. Im Neustädter Kasino war er das älteste Mitglied. Die Einäscherung findet heute nachmittag 5 Uhr im Krematorium zu Dresden-Tolkewitz statt.

— **Personalveränderungen in der Armee.** ✠ Kirsten, Hauptm. und Battr.-Chef im Feldart.-Regt. 32, vom 5. März ab zur Dienstleistung beim Train-Bat. 19 kommandiert. Die Leutnants: ✠ Knoll im Inf.-Regt. 139, unter Aufhebung der am 20. Februar verfügten Versetzung zur Unteroffiziervorschule, bei diesem Regt. belassen, ✠ Hennig im Inf.-Regt. 139, mit dem 1. April zur Unteroffiziervorschule versetzt. ✠ Gerlach, Ltnt. im Telegr.-Bat. 7, scheidet mit dem 8. April aus dem Heere aus behufs Uebertritts zur Kaiserlichen Schutztruppe für Südwestafrika. — Die nachstehenden Kadetten, Obersekundaner des Kadettenkorps, in der Armee angestellt: ✠ v. Linsingen, ✠ Falck im Inf.-Regt. 105, ✠ Meyer im Inf.-Regt. 106, ✠ v. Eholtitz im Inf.-Regt. 107, ✠ Frhr. von Hommerstein-Lauord im Schützen-Regt., ✠ Frederking im Inf.-Regt. 178, ✠ Scheibe im Inf.-Regt. 181, als charakterisierte Fähnriche, ✠ Klahre im Pion.-Bat. 22, als Unteroffizier, ✠ Briegleb im Inf.-Regt. 189, als Gefreiter. Dieselben erhalten Urlaub bis 15. März und haben am 16. März d. J. bei ihren Truppenteilen einzutreffen. — Die Garnisonverwaltungsinspektoren auf Probe ✠ Hornig und ✠ Leschke als Garnisonverwaltungsinspektoren in Dresden angestellt.

— **Petition des Landesverbandes der Festbesoldeten.** Die Beschwerde- und Petitions-Deputation der Zweiten Kammer hat ihren Bericht über die Petition des Landesverbandes der Festbesoldeten im Königreich Sachsen, Sitz Leipzig, über die Aenderung des § 46 der Revidierten Städteordnung und des § 37 der Revidierten Landgemeindeordnung der Zweiten Kammer zugestellt. In dem Bericht wird zunächst Bezug genommen auf frühere Petitionen des Landesverbandes und die von beiden Kammern dazu ergangenen Beschlüsse zusammengestellt. Beim diesmaligen Landtag ist die Petition nun wieder auf der Bildfläche erschienen. Die Deputation stand in ihrer überwiegenden Mehrheit noch auf dem im wesentlichen ablehnenden Standpunkte, den sie vor zwei und vier Jahren eingenommen. Der Königl. Kommissar, Herr Geh. Regierungsrat Dr. Koch, gab die Ansicht der Königl. Staatsregierung dahin kund: Die Staatsregierung hat die Bedenken, die nach ihrer Ansicht gegen die Verleihung des passiven Wahlrechts zu den Gemeindewahlen an die Gemeindebeamten sprechen, bereits wiederholt und zuletzt vor zwei Jahren dem Landtage vorgetragen. Sie hält diese Bedenken auch jetzt noch für unübersteiglich, soweit die Landgemeinden und die mittleren und kleinen Städte in Frage kommen. Dagegen ist sie auf Grund nochmaliger Prüfung der Sachlage geneigt, in eine Erwägung der Frage einzutreten, ob die Aenderung des § 46 der Revidierten Städteordnung, soweit er die Beamten der revidierten Städte betrifft, mit Rücksicht auf die größeren und entwickelteren Verhältnisse dieser Gemeinden angängig und angezeigt erscheint. In dieser veränderten Stellungnahme sieht sich die Staatsregierung vor allem durch die neuesten Ergebnisse der Rechtsprechung veranlaßt. Man war über die veränderte Stellungnahme der Königl. Staatsregierung, soweit es die Revidierte Städteordnung betrifft, befriedigt. In der folgenden Aussprache wurde aber hervorgehoben, daß es größere Landgemeinden gäbe, die zahlreiches